

Antrag A2

an die Mitgliederversammlung von DIE LINKE. Neukölln am 21. Juni 2021

Einreichende: Bezirksvorstand DIE LINKE. Neukölln

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Nein zum Hinterzimmer-Deal mit dem Immobilienkonzern Vonovia. Ein Ankauf darf nur zu einem selbsttragenden Kaufpreis erfolgen.

DIE LINKE. Neukölln nimmt zur Kenntnis, dass der Regierende Bürgermeister Michael Müller und der Finanzsenator Kollatz ohne Rücksprache mit den Koalitionspartnern, ohne die Öffentlichkeit einzubeziehen, einen Pakt mit den Immobilienkonzernen Vonovia und Deutsche Wohnen geschlossen hat. Dabei wurde diesen Konzernen, die maßgeblich für die Wohnungsmisere in Berlin mitverantwortlich sind, die Zusage gemacht, sie bei ihrer Fusion zu unterstützen. Im Gegenzug haben die Konzerne Versprechungen bezüglich ihrer Mietpolitik gemacht. Auch wenn diese Zusagen an der bisherigen Mietpolitik dieser Konzerne kaum etwas verändern werden, ist das ein durchsichtiger Versuch dem laufenden Volksbegehren den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Konzerne merken, dass das Volksbegehren in der Stadt auf wachsende Zustimmung stößt.

Zu der geplanten Fusion stellt DIE LINKE. Neukölln fest:

- Wir unterstützen weiterhin mit voller Kraft das Volksbegehren Deutsche Wohnen und Co enteignen. Eine Vergesellschaftung nach den Vorstellungen der Initiative ist die kostengünstigste, demokratischste und nachhaltigste Rekommunalisierung und deshalb das geeignetste Mittel gegen Verdrängung und den Ausverkauf der Stadt.
- Die angestrebte Fusion würde zu mehr Macht privater Akteure in der Stadt führen. Wie wollen die Macht der Konzerne zurückzudrängen. Deshalb lehnen wir eine politische, gar finanzielle Unterstützung dieser Fusion ab.
- Bei einem Ankauf der Wohnungen muss ein selbsttragender Kaufpreis verhandelt werden, der sowohl nachzuholende Sanierungen berücksichtigt als auch soziale Mieten ermöglicht. Keinesfalls darf der Ankauf dazu führen, dass die LWU handlungsunfähig werden oder gar in finanzielle Schieflage geraten. Die beteiligten Senatsverwaltungen müssen schnellstmöglich Transparenz über die angebotenen Wohnungsbestände herstellen. Diese müssen gründlich und umfassend geprüft und bewertet werden. Das Parlament muss umgehend informiert und in die Prüfung einbezogen werden und die letztendliche Entscheidung treffen. Der Zeitplan darf dabei nicht durch die Konzerne oder die Börse diktiert werden.
- Wir arbeiten mit aller Kraft daran, Großsiedlungen wie den Ernst-Lemmer-Ring, die Bestände am Kottbusser Tor, die Highdeck-Siedlung, die Thermometersiedlung oder das Falkenhagener Feld in die öffentliche Hand zurückholen. Ob durch Rückkauf oder durch Vergesellschaftung.